



EU: Raubzug-Politik setzt sich durch

Brüssel hat die Lösung des Problems der existenzbedrohenden Überschuldung mehrerer EU-Staaten auf die lange Bank geschoben.

Man konnte sich an den sich derzeit regelrecht jagenden Konferenzen der EU-Finanzminister und der EU-Staatschefs einzig darauf einigen, den sogenannten «Rettungsschirm» für faktisch dem Bankrott verfallende EU-Staaten noch einmal massiv auszuweiten. Die beiden «Rettungskörbe» wurden auf sage und schreibe **total 940 Milliarden Euro** aufgestockt.

Allerdings kann kein EU-Staat seinen Anteil in Geld einzahlen. Jeder Staat «garantiert» bloss seinen Anteil. Das heisst: Mittels **neuer Verschuldung** soll **alte Überschuldung** bekämpft werden.

Entschuldung mit Schulden?

Der **Abbau** der Schulden, die Behebung der Überschuldung wird gar nicht mehr angepackt. Brüssel gibt sich blind vor der Tatsache, dass jedes Hinauszögern der Schuldentilgung die zu bewältigenden Schulden erhöht, was die Sprengkraft des Überschuldungsproblems von Monat zu Monat verschärft.

Zwar spricht Brüssel auch von «**schärferer Kontrolle**» der sogenannten Schuldensünder. Klammert aber aus, dass es Frankreich und Deutschland waren, welche ihrer eigenen Verschuldung wegen den sogenannten **Stabilitätspakt** platzen liessen – womit faktisch alle **Verschuldungs-Dämme eingerissen** wurden.

Widerstand

Die von den EU-Gremien anvisierten Staaten legen sich zunehmend quer: Griechenlands Regierung, von nicht enden wollenden Demonstrationen in Athen zermürbt, verweigert sich verschiedenen Brüsseler Auflagen. In Portugal musste die Regierung angesichts der sich wehrenden Bevölkerung zurücktreten. Portugal trudelt regierungslos in die Krise. Auch Spani-

ens Ministerpräsident legt sein Amt vorzeitig nieder. In Irland wurde die Regierung, die sanierungsbereit gewesen wäre, gestürzt.

Sozialistischer Zentralismus

Solange Brüssel von «**Staaten-Rettung**» spricht, in Wahrheit aber die mit der Verschuldung der Staaten spekulierenden **deutschen, französischen und englischen Banken** rettet, sind die Völker der EU-Staaten nicht opferbereit.

Kein Geringerer als **Jacques Delors**, der Architekt des Maastrichter Vertrages, präsentiert dazu einschneidende Vorschläge: Brüssel müsse mit straff zentralisierten Vorgaben und zentralistischer Reglementierung und Kontrolle die Wirtschaftspolitiken sämtlicher EU-Staaten unter seine Herrschaft zwingen. Das wäre dann **Kreml-Sozialismus in Neuauflage**, Raubzüge zu Lasten der Unternehmer, Raubzüge zu Lasten des Mittelstandes, Raubzüge zu Lasten der freien Wirtschaft würden die Europäische Union dann vollends prägen.

Ob Brüssel allen Ernstes glaubt, die europäischen Volkswirtschaften und die EU könnten auf diesem Weg im weltweiten **Wirtschaftswettbewerb** bestehen?

Bürger und Staaten, die dem EU-Zentralismus nicht unterworfen sind, müssen angesichts solcher Perspektiven mit aller Sorgfalt ihre **Reserven** pflegen. Zur Absicherung des Wohlstands! Wenn **Währungszerrüttung** droht, ist es angezeigt, zumindest Teile sowohl der persönlichen als auch der staatlichen Reserven in **Gold** anzulegen. Wer Goldreserven hat, wird Erschütterungen im Währungssystem leichter überstehen als derjenige, der den sozialistischen Rezepten Brüssels glaubt.

Ulrich Schliuer